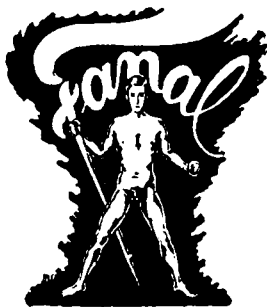


Januar

Herausgeber:
Erich Mühsam

Inhalt:

Gedicht -- Staatsverneinung -- Im Namen des
Volkes -- Friede, Freiheit, Einigkeit! -- Einheits-
Strategie -- Wetterleuchten -- Ihr laßt die
Armen schuldig werden -- Auf Anfragen.



Jahrgang 1

Oktober 1926

PREIS 30 DFG.

Nr. 1

PREIS 30 DFG.

Bücher und Schriften von Erich Mühsam

Revolution

Kampf-, Marsch- u. Spottlieder

Verlag: „Der freie Arbeiter“ Rudolf Oestreich, Berlin O 17 1925

Preis 0,75 RM.

Seenot

Verlag der Schriften — Wien-Ober St, Veit 1925

Preis brosch. RM 0.40, kart. RM 0.60

Die Ballade „Seenot“ ist direkt vom Verfasser zu beziehen.

Gerechtigkeit für Max Hoelz!

Verlag Rote Hilfe Deutschlands — Berlin 1926 (2. Auflage)

Preis RM 0.40

Standrecht in Bayern

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin SW 61 — 1923

Preis RM 0.50

**Alle in den Vorkriegsjahren erschienenen Werke
von ERICH MÜHSAM sind vergriffen und im
Buchhandel nicht mehr erhältlich.**

F A N A L

HERAUSGEBER: ERICH MÜHSAM

Jahrgang 1

Nummer 1

Oktober 1926

„FANAL“ erscheint im Monat einmal und ist zum Preise von 30 Pfennigen für das Einzelheft vom Verlage oder durch den Buch- und Straßenhandel zu beziehen. Abonnement, halbjährlich RM. 1,75, jährlich RM. 3,50, ist durch Einzahlung beim Postscheckamt Berlin, Nr. 82419 auf den Namen des Herausgebers zu bewirken oder beim zuständigen Postamt anzumelden, Geldsendungen u. Zuschriften nur an die persönliche Adresse des Herausgebers Bln.-Charlottenburg, Am Lützow 10

Die Beiträge dieser Zeitschrift sind sämtlich vom Herausgeber.

*I*hr treibt das Rad; ihr wirkt die Zeit;
Das Feuer flammt: Jetzt! und Hier!
Euch mahnt das Feuer; Macht euch bereit!
Erkennt eure Kraft! Seid Ihr!

*Euch flammt das Feuer! euch blüht das Land;
Erkennt! Seht! Hört! und Wißt!
Doch ihr verdingt euer Hirn, eure Hand -
Und zweifelt, was Euer ist.*

*Kein Fragen, kein Rechnen befreit den Geist.
Das Feuer flammt: Tat ist Pflicht!
Wenn ihr eure Ketten nicht zerreißt, -
Von selber brechen sie nicht!*

Staatsverneinung.

Das Problem des Staates ist ein Problem der Macht. Menschen, einzelne oder in Gruppen verbundene, denen die Erringung der gesellschaftlichen Macht über die Mitmenschen gelungen ist, bedürfen eines zentralen Machtapparates, um die Unterworfenen auf die Dauer in ihrer ökonomischen Abhängigkeit zu halten. Es gibt keine andere Unterwerfung von Menschen unter die Macht anderer Menschen als ihre Fesselung in wirtschaftliche Hörigkeit. Das politische Zwangsinstrument dieser wirtschaftlichen Fesselung ist der Staat.

Die Staatsform, um die unter den jeweiligen Inhabern und Anwältern der gesellschaftlichen Exekutivgewalt ein aufgeregtes und verwirrendes Geschrei tost, ist in Hinsicht der Funktion des Staates als Vollstreckungsorgan der ökonomischen Ausbeutung ohne alle Bedeutung. Mag das despotische Sultanat eines absoluten Herrschers, die konstitutionell eingeschränkte Monarchie, die faschistische Diktatur, die republikanische Demokratie oder die Oligarchie eines Parteivorstands ein Land regieren, — jede dieser Methoden erweist sich schon durch ihre zentralistische Struktur als dem Volksganzen übergeordnet, demnach als vom Volksganzen losgelöst, mithin als dem Volksganzen feindlich. Zentralismus bedeutet nichts anderes als Direktion von oben nach unten, Herrschaft der Verwaltung über das Verwaltungete, Befehlsgewalt der Schaltbeamten, Entmündigung der gesellschaftsbildenden Masse, Bürokratismus. Jedes zentralistische Gebilde kann nur als Machtapparat bestehen; Macht in gesellschaftlichem Sinne ist immer ökonomische Unterdrückung: also ist Staatsmacht in allen Formen ihrer Ausdrucksmöglichkeiten stets der Rechtsvorwand einer Klasse zur Beherrschung und Ausbeutung der andern Klasse.

Staat und Obrigkeit sind Synonyme: daher kann es keine andern Staaten geben als Obrigkeitsstaaten. Staat und Klassengesellschaft sind Synonyme; daher kann es keinen andern Staat geben als den Klassenstaat. Staat und Zentralisation sind Synonyme; daher kann es im Staat keine Organisation von unten nach oben, keinen ausbeutungslosen Sozialismus, keine Selbstbestimmung des Volkes, keine Zusammengehörigkeit der Gesamtheit, kein einheitliches Recht und kein Volksganzes geben.

Der Ursprung des Staates ruht in dem Bedürfnis nach ökonomischer Machtbefestigung. Das Prinzip des Staates, jedes Staates, ist die juristische Sicherung des Privilegs der Ausbeutung der gesellschaftlichen Arbeit durch eine schmarotzende Minderheit. Es

ist völlig wahr, was die Marxisten sagen — nur ist diese Wahrheit wie viele andere marxistische Erkenntnisse bedeutend älter als der Marxismus, — daß der Staat Produkt und Ausdruck der ökonomischen Klassendifferenzierung in der Gesellschaft ist. Aber die Marxisten übersehen oder unterschätzen einen Umstand von allgemeiner Geltung. Alle gesellschaftlichen Verhältnisse schaffen sich immer nur die Ausdrucksform, die durch ihre besondere Wesensart bedingt ist. Das bedeutet, daß die Organisationsform eines sozialen Zustands nicht auf einen neuen, grundsätzlich verschiedenen, übertragen werden kann. Der zentrale Staat wurde geschaffen als administrativer Apparat der gesellschaftlichen Ausbeutung; in seiner gegenwärtigen Gestalt als wesenloses Räderwerk eines öden bürokratischen Mechanismus ist er der präziseste Ausdruck des verfallsreifen Hochkapitalismus. Es ist nicht möglich, die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen, ohne das Gehäuse zu zerschlagen, das der Kapitalismus sich zu seinem Wachstum gemäß seinen besonderen Bedürfnissen gebaut hat. Das hat zum Glück der russischen Revolution Lenin eingesehen gehabt, als er 1917 im Bunde mit Anarchisten und linken Sozialrevolutionären Bakunins Auffassung, daß der Staat nicht, wie Marx und Engels lehrten, zu erobern, sondern zu zerstören sei, zu praktischer Durchführung verhalf. Leider fielen jedoch die Bolschewiken nach vollbrachter Tat in den staatsautoritären marxistischen Aberglauben zurück und errichteten an Stelle des zertrümmerten zentralistischen Staatsapparates einen neuen der gleichen Struktur, in der naiven Meinung, in dem vom Kapitalismus für seine Methoden ersonnenen, für seine Ausbeutungszwecke temperierten Treibhause Sozialismus und Gleichheit, klassenlose Gemeinsamkeit und Autonomie der Räte entwickeln zu können.

Die Verwaltung des Gemeinwesens durch die von den Arbeitsstätten aus von unten nach oben wirkende föderative Organisation der Räte, die von den revolutionären Kommunisten aller Schattierungen als Ziel angestrebte Räterepublik, kann niemals ein Staatsgebilde sein. Staat setzt Regierung voraus, das ist obrigkeitliche Befehlsgewalt und Rangordnung. Die Räterepublik ist charakterisiert in der Forderung der russischen Arbeiter und Bauern von 1917, die das revolutionäre Weltproletariat als Kampftruf aufgenommen hat: Alle Macht den Räten! — Räte sind die aus den Produktionsbetrieben unmittelbar entsandten, für jede Einzelfrage nach besonderer Eignung ausgesuchten, stets abberufbaren und auswechselbaren, unter dauernder Kontrolle der Werktätigen nach deren eigenen bindenden Beschlüssen handelnden Delegationen

der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebsbelegschaften. In den Räten ist also die gesamte städtische und ländliche arbeitende Bevölkerung zur direkten Ausübung aller Verwaltungsfunktionen des Gemeinwesens zusammengeschlossen. Die Leistung der Verwaltungsaufgaben in den gemeinsamen Angelegenheiten weiterer und weitester Bezirke geschieht durch Unterdelegationen dieser Räte zu Kreis-, Provinzial-, Landes-Rätekongressen nach dem gleichen Grundsatz der Verantwortung nach unten, der Abberufbarkeit, des gebundenen Mandats, bis hinauf zu den höchsten Exekutivorganen, dem Zentralexekutivkomitee und dem Rat der Volksbeauftragten, denen keine Legislative, sondern durchaus nur die Ausführung des Willens der im Produktionsprozess unmittelbar Tätigen zusteht, und die, stets gewärtig, den Platz im ganzen oder für einzelne Aufgaben berufenen Genossen räumen zu müssen, immer nur Beauftragte, nie Auftraggeber sind. Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik vom 10. Juli 1918, die der Zusammenarbeit marxistischer und anarchistischer Kräfte zu danken ist, hat die Prinzipien dieses staatlosen Systems, wenn auch noch nicht in restloser Konsequenz, so doch mit der klaren Hervorhebung der Tendenz herausgearbeitet, dass in dieser Konstitution der Uebergang gesucht wird zur "Einsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, unter der es weder eine Klasseneinteilung noch eine Staatsmacht geben wird".

Föderalistische Organisation heißt Organisation von der Basis zur Spitze, Verbindung der wirkenden Kräfte zu selbstverantwortlichem Tun, statt Übertragung der Verantwortung auf übergeordnete Instanzen. Der Rätegedanke ist demnach eine rein föderalistische Idee. Der Versuch, eine Regierungsgewalt mit dem Räteystem zu verquicken, hebt die Omnipotenz der Räte praktisch auf und setzt über die Räte, denen doch „alle Macht“ gehören soll, eine andre Macht. Die Gründe, die die Bolschewiken veranlaßten, anstelle der Rätediktatur die Diktatur ihrer Partei zu errichten, liegen freilich auf der Hand. Sie fürchteten, daß unter den werktätigen Arbeitern und Bauern eine Mehrheit von indolenten, der westeuropäischen Demokratie ergebenen oder gar der feudalistischen Tradition anhängenden Elementen die Räterepublik als ihre bestimmenden Faktoren von vorn herein unrettbar diskreditieren und sie an der Erfüllung ihrer revolutionären Mission hindern würden, nämlich die Überführung der Reste der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistisch-kommunistische Produktions- und Lebensordnung zu gewährleisten. Ohne Zweifel war diese Gefahr groß, ohne Zweifel konnte ihr aber auf andere Art gesteuert werden,

als dadurch, daß über die Räteinstanzen eine Parteiregierung und damit ein zentraler Staat gestülpt wurde, dessen monopolistische Politik wohl die konterrevolutionären Bestrebungen der Menschewisten, der rechten Sozialrevolutionäre und der übrigen Helfershelfer der von der geeinten revolutionären Arbeiter- und Bauernschaft niedergeworfenen Weißgardisten unterdrückte, zugleich aber auch, und zwar in viel höherem Maße als Passive und Indifferenten, die aktiv vorwärtsdrängenden linken Revolutionäre aller Richtungen, die Anarchisten, linken Sozialrevolutionäre, Maximalisten und die Linkskommunisten, soweit sie nicht der bolschewistischen Partei angehörten, niederhielt und unter Verfolgung stellte, also gerade die Kräfte, ohne deren energische Beteiligung die Oktoberrevolution niemals hätte siegreich sein können.

Der Grundirrtum der marxistischen Theorie, das zentralistische Prinzip gewann in Rußland Geltung. Aus der Räterepublik wurde ein „Räte-Staat“, ein Widerspruch in sich selbst. Eine Staatsregierung, an deren Wesensart der Name „Räte-Regierung“ nichts ändern kann, erläßt Staatsgesetze, und das Gefäß des Staates füllt sich langsam und unaufhaltsam mit dem Inhalt, für den die Form des Staates ursprünglich geschaffen, für dessen Aufnahme sie allein geeignet ist: mit dem Inhalt kapitalistischer Konzessionen.

Das russische Revolutionsproblem läßt sich nicht von einem Punkt aus beurteilen. Die krisenhafte Zuspitzung der Differenzen wegen der russischen Staats- und Wirtschaftspolitik und mithin der Taktik und der Methoden der kommunistischen Internationale, die heute die populärsten Persönlichkeiten der revolutionären Heroenzeit in Opposition gegen das herrschende Regime zeigt, unter ihnen Trotzki, Sinowjew, Kamenew und selbst Lenins Witwe, Krupskaja, hat zahlreiche Gründe, die zum allergeringsten Teil in persönlichen Rivalitäten, geschweige in gewolltem Verrat oder mangelndem Idealismus zu suchen sind. Die Tatsachen sind überall stärker als die Menschen, zumal die Tatsachen der Ökonomie. Nur stellen auch Tatsachen, an deren Auswirkungen die Menschen nicht mehr vorbeikommen, ihr Verhalten unter dem Gesichtspunkt zur Kritik, ob nicht ein andres Verhalten andre Tatsachen gezeitigt hätte. Und da sollte man bei der Erörterung der russischen Frage nicht an der Möglichkeit vorübergehen, daß die Gesamtanlage des bolschewistischen Staatssystems an einen Konstruktionsfehler leidet: an dem, daß die föderative Rätewelt durch eine zentralistische Staatsmacht ersetzt ist.

Die bevorstehenden Revolutionen der westeuropäischen Proletariate haben aus den Erfahrungen der russischen Arbeiter und Bauern in ernster Prüfung zu lernen. Sie können unendlich viel Nachahmenswertes von ihnen annehmen. Die warnende Lehre der russischen Revolution aber ist ihre Kapitulation vor der Idee des Staates. Staat, man mag ihn kneten wie man will, ist Unterwerfung der Arbeitenden, ist Klassenscheidung der Gesellschaft. Ein „Rätestaat“ ist niemals eine Räterepublik. Denn Staat ist immer die Ausdrucksform unterdrückender Zentralgewalt: Räterepublik aber ist die föderalistische Ordnungsform der Anarchie, d. h. der obrigkeitlosen Selbstbestimmung der gesellschaftlichen Gesamtheit. Die Revolution, die den Staat nicht austilgt, so daß an seiner Stätte nicht ähnliches je wieder wachsen kann, wird ohne Hoffnung sein, die klassenlose kommunistische Gesellschaft zu verwirklichen. Die Diktatur des Proletariats ist nötig als Diktatur der Klasse, solange die feindliche Klasse noch Atem hat: als Diktatur der Revolution gegen die Konterrevolution. Der Ersatz der proletarischen Diktatur durch die Diktatur einer obrigkeitlichen Regierung bedeutet die Preisgabe der sozialen Revolution an den Staat. Der Staat aber ist unvereinbar mit dem Recht des Arbeiters; er ist der Todfeind der sozialen Gleichheit. Wo Staat ist, kann keine Freiheit sein und keine werden.

Im Namen des Volkes.

Der kaiserliche General, den die deutsche Wählermehrheit mit Recht als Nachfolger Friedrich Eberts zum Präsidenten ihrer Republik erkor, Herr v. Hindenburg, dankt dieses Vertrauen seinen vergeblichen Bemühungen um die Erhaltung der Monarchie. Der Kampf, den er als strategischer Leiter die mit Beziehungen nicht gesegneten arbeits- und zeugungsfähigen Männer Deutschlands führen ließ, galt ursprünglich nicht der Rettung der kaiserlichen Macht, sondern ihrer Mehrung: durch die Uebertragung des Ausbeutungsrechtes der Erzbecken von Longwy und Briey an das deutsche Industriekapital; durch die Annexion Belgiens, der französischen Nordseeküste bis Brest, Polens, der baltischen Länder, Marokkos, des Kongo und zahlreicher Kolonien; durch Schaffung von Flottenstützpunkten in Toulon, Gibraltar, an den Küsten Aegyptens, Indiens und des Schwarzen Meers; durch die Massenausgabe von Kronen — der polnischen, litauischen, kurländischen, livländischen, esthnischen, finnischen — an Sprößlinge der Hohenzollern-Dynastie; kurz, durch die Aufrichtung des Regimentes Wilhelms II. über Europa. Herr v. Hindenburg empfand den Kanpf der Millionen in seinem geschützten Generalstabsquartier

wie eine Badekur — und so etwas war er jawohl auch; nur streiten sich die Leute noch darüber, ob es sich um ein poesievolles Stahlbad oder um ein realeres physisches und moralisches Schlammbad gehandelt habe.

Die der zweiten Ansicht zuneigenden Deutschen verspürten, sofern sie lebendig aus den Schlammlöchern heimkehren konnten, nachher das nach solchem Bade begreifliche Bedürfnis nach einer Abreibung. Sie wurde im November 1918 unternommen, Leider bediente sich das deutsche Volk dazu einer Sorte von Frottiertüchern, die sich als nicht rauh genug erwies. Daher ging der Dreck nicht herunter. Immerhin schimmerte an einigen Stellen die natürliche Haut des Menschenleibes durch die Schlamm-schicht — diese Stellen nennt man die Errungenschaften der Revolution.

Dies ist nun schon lange her. In bald acht Jahren haben die freigelegten Hautstellen allmählich wieder ihr Mimikry vollzogen und die Farbe zurückgewonnen, die einem in Schmutz gewälzten und danach nicht hinlänglich gereinigten Körper gemäß ist. Die Verfassung, in der sich Deutschland nach dem verunglückten Versuch der Reinigung befand, wurde jedoch zum Gedächtnis dieses Versuchs und zum Zeichen dessen, daß er als endgiltig abgeschlossen zu betrachten sei, auf Papier gebracht, — und so haben wir denn noch einige papierne Erinnerungen an die Revolution: die in blumige Wendungen gekleidete Versicherung, daß das deutsche Volk seine Geschicke selbst zu bestimmen habe, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich seien, daß Arbeit und Brot, Kunst und Wissenschaft, Frohsinn und Heiterkeit, Denk-, Schreib-, Rede-, Gewissens- und Versammlungsfreiheit sowie eine gesunde Wohnstätte dem deutschen Bürger mit Weib und Kind gewährleistet sei; über dem Papier aber, das dem Proletarier anzeigt, wieviel Jahre er wegen unerwünschter Gesinnung im Zuchthaus zu verbringen hat, steht nicht mehr wie ehemals/ Im Namen des Königs, sondern: Im Namen des Volkes!

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es in der Reichsverfassung. Das ist gewiss beruhigend, nur interessiert uns Objekte der Staatsgewalt nicht bloß ihr Ausgangspunkt, sondern auch ihr Verbleib. Ein Blick in die „im Namen des Volkes“ betriebene Rechtsprechung schafft jede Klarheit über den Verbleib der Staatsgewalt der deutschen Republik — sie ist in den Händen derer verblieben, die sie auch vorher hatten, denen also die Herbeiführung des dem-Buchstaben nach veränderten Zustandes, den sie schützen sollen, in höchstem Maße straf- und verabscheuungswürdig scheint. Der monarchistische Richter kann seiner Rechtsprechung sehr wohl den Wortlaut republikanischer Gesetze zugrunde legen — zumal in Deutschland, wo kein einziges Gesetz der Monarchie von der Republik dem Wesen nach verändert worden ist —, und braucht dabei seine kaiser- und königstreue Gesinnung so wenig zu verleugnen, wie der Feldmarschall seiner Majestät, der den republikanischen Präsidenteneid aufs schwarzrotgoldene Tuch geleistet hat, die seine. Weder Richter noch Präsident hat der Republik Sympathie geschworen,

sondern nur pflichteifrigen Dienst, gewissenhafte Auftragsbefolgung; das Gewissen der Gesetzeshüter allein ist als Richtschnur des Handelns verpflichtet worden; das Gewissen aber untersteht keiner fremden Kontrolle, es untersteht einzig der Kontrolle der eigenen Gesinnung.

Unsre Liberal- und Sozialdemokraten täten gut, ihre Entrüstung über die Gesinnungsbetätigung der deutschen Beamten, vor allen der Richter, der Molluskenkonsistenz dessen zuzukehren, was sie für ihre eigene Gesinnung halten. Sie waren es, die im November 1918 die von der Revolution verjagten und vor ihr weggelaufenen Monarchisten in ihre Amtssessel zurückdrückten, die von der Revolution vergessenen Legitimisten und Reaktionäre als Experten der Regierungskunst umwedelten und unwinselten und sie als Geheim- und Ministerialräte, als Oberlandes- und Reichsgerichtsräte die königlichen Gesetzesmühlen weiterdrehen ließen, die sie auch zuvor gedreht hatten — mit dem einzigen Unterschied, daß dem Wappenadler am Hebel jetzt die Krone weggestanzelt war und ihre Beschäftigung mit dem Stempel beglaubigt wurde: Im Namen des Volkes! War es für die Liberal- und Sozialdemokraten eine Ueberraschung, daß die Beamten des Kaisers Monarchisten waren? Oder erwartete man von ihnen eine so prompte und dauerhafte Umstellung des Gemüts, wie man sie selber mit dem Wechsel der Konjunktur bewerkstelligt hatte? Das bewiese einen recht erheblichen Mangel an Psychologie; selbst wer die Charaktergymnastik fertig bringt, die die Welt an der deutschen Sozialdemokratie nicht müde wird zu bewundern, übt sie doch erst, wenn ihm die Standfestigkeit des Recks garantiert scheint, an dem er seinen seelischen Bauchaufzug vollführen möchte. An den Bestand der deutschen Republik Weimarer Prägung zu glauben, geben doch aber unsre demokratischen Republikaner unsern republikanischen Monarchisten verteuft wenig Anlaß.

Die deutsche Republik ist von demokratischen Musterzeichnern entworfen, mit demokratischem Schmieröl gesalbt — sie ist ein demokratisches Fabrikat letzten Patents. Ist nicht aber nach demokratischer Weisheit alles, was auf demokratischem Boden erwuchs, unwiderleglicher Ausdruck des wahren Willens des Volkes? Wo demokratische Methoden walten, da geschieht die Anwendung der Gesetze, unbeschadet der Gesinnung der damit betrauten Beamten, immer „im Namen des Volkes“. Unsre Liberal- und Sozialdemokraten, verschärft durch die Klerikaldemokraten des Zentrums, verfügten über die ausgezählte Stimmenmehrheit der demokratiegläubigen Wähler, der gesamte Gesetzgebungsapparat lag also in ihrer Hand, als die steifbeinigsten Betreuer des ancien regime berufen wurden, die neue republikanische Ordnung in Schwung zu bringen. Damals setzten die von Ebert und Noske zum Niederknüppeln des Proletariats gedungenen Freischaren der Ehrhard, Roßbach, Epp und Märker den Weltkrieg als Klassenkrieg im eigenen Lande fort, bis sie sich in den Vaterländischen Verbänden die Organisationen geschaffen hatten, die ihre traditionellen Aufträge gern von traditionellen Auf-

traggebern empfangen und dazu den republikanischen Laden insgesamt zusammenschlagen wollten. Damals ergänzten und vervollständigten die mit monarchischen Offizieren besteckten Feld- und Standgerichte der noch „rein sozialistischen“ Regierungen durch Verurteilungen aus dem Handgelenk das Werk der Noske-Horden, bis andre Ausnahme- und „Volks“gerichte, von weimarerisch koalitierten Regierungen bewährt schwarzweißroten Inquisitoren überantwortet, über den Staatsgerichtshof „zum Schutz der Republik“ hinweg allmählich den „ordentlichen“ Richtern ihre Aufgabe übertrugen, den Arbeitern die Ausbrüche der Verzweiflung abzugewöhnen. Wenn dabei die Unterschiedlichkeit der Jurisdiktion nicht immer ganz allein von der Klassenzugehörigkeit des Delinquenten, sondern hie und da auch von seiner altmodischen oder moderneren politischen Ueberzeugung bestimmt wurde und wird, so sollten die deutschen Demokraten aller Sorten darüber nicht gar so jämmerlich schreien: die Richter handeln in ihrem Auftrag, auf ihr Betreiben, also, aus ihrer Perspektive gesehen, „im Namen des Volkes“.

Dem „Volk“ hingegen, wenn denn schon dieser in der Klassengesellschaft bedenklich verwirrende Begriff bemüht werden soll, kann es nur nützlich sein, wenn ihm an Beispielen gezeigt wird, was alles in seinem Namen in dieser freiesten Republik der Welt geleistet wird. Soweit es Einblick in diese Zeitschrift erhalten wird, soll es über das Wirken der neudeutschen Justiz Tatsachen erfahren, deren jede aufreizender, die Autorität des Staates unterwühlender, den Klassenkampf befeuernder wirken muß, als die leidenschaftlichste Revolutionspropaganda. Taten von rechts und links werden nach Ursachen und Inhalt, nach Wirkung und Sühne mit einander verglichen werden, Von Todesurteilen und Freisprüchen soll berichtet werden, und wo die Härte der Strafen gegen Proletarier dem Herzen des Bürgers wehtun sollte, da wird uns versöhnt werden mit Richtersprüchen voll milden Verständnisses für nationale Mörder und Brandstifter. Der Strafvollzug rechter Hand und linker Hand wird sichtbar werden neben der Art, wie Untersuchungen geführt und Protokolle zustande gebracht werden. Auch die Gesetze, die bei alledem, bei Verfolgungen und Nichtverfolgungen im Namen des Volkes angewendet oder übersehen werden, dürfen der Betrachtung nicht entgehen. Endlich ist auch die Gnade des Staates eingehender Besichtigung wert, und wir werden uns über Amnestien unterhalten, die viele politische Gefangene in deutschen Zuchthäusern, eine nach der andern, seit 1919 auf sich haben zukommen und an sich vorbeigehn sehn.

Man hat mich gefragt, ob ich in FANAL wieder wie in meinem Vorkriegsblatt ein paar Seiten jedes Heftes der Theaterkritik widmen wolle. Ich finde, daß die Schauspiele, Tragödien und Grottesken, die zur Zeit der Kritik am dringendsten bedürfen, vor unsern Kriminalgerichten aufgeführt werden. Die Szene ward zum Tribunal. Wenn übers Jahr wieder der deutsche Juristenkongreß zusammentritt, wird seine Doktorfrage, warum wohl die deutsche Rechtsprechung in breiten Volksschichten kein so ganz festes Ver-

trauen mehr genießt, dank der Art Theaterkritik, wie sie hier beabsichtigt wird, ihrer Lösung vielleicht schon etwas näher gekommen sein. Auch die „Vertrauenskrise“ der republikanischen Gerechtigkeit braucht nicht ewig zu währen. Früher oder später wird sie ihr Ende finden — „im Namen des Volkes“!

Friede, Freiheit, Einigkeit!

Auf der Grundlage dieser großen Begriffe, sagte Herr Dr. Stresemann in Genf, möge sich die Arbeit des Völkerbundes vollziehen, — und damit trat das Deutsche Reich dem internationalen Konsortium des Kapitals gegen die Arbeiter aller Länder, gleich in der Würde eines dauernden Vorstandsmitglied, bei. Alles Gewölk, das vor einem halben Jahr den Einzug ins Tor des ewigen Friedens, zu dem man schon gestartet war, hatte verregnen lassen, war in eitel Sonnenschein verdunstet, indem die Deutschen von ihrer festen Preistaxe nicht mehr redeten, von der kein Mitbewerber um einen Ratssitz etwas sollte abhandeln dürfen, und also dem Massenschub in die Gefilde der Seligen kein Stresemann-Veto mehr im Wege lag. Im März hieß es drohend: Mit Deutschlands Aufnahme dürfen keinerlei Veränderungen in der Zusammensetzung des Rats verbunden werden, und im September kompensiert man den Beitritt Deutschlands in gemeinsamer Abstimmung mit der Korrektur des Statuts durch die Vermehrung des Rates um drei nichtständige Sitze. Spanien und Brasilien traten darauf wegen Geschäftsschädigung aus dem Klub aus, und Schweden, der brillante Sekundant vom Frühjahr, zog sich aus dem Rate der Bevorzugten zurück. Dafür wurde aber Rumänien hineingewählt, das seine Eignung, im heiligen Bunde Frieden, Freiheit und Einigkeit umherzustreuen, soeben erst durch neue scheußliche Folterungen seiner politischen Gefangenen und durch die Ermordung des revolutionären Führers Tkatschenko (Gebrauchsmuster Deutschland Januar 1919: beim Transport ins Gefängnis „auf der Flucht“) — erwiesen hat. Auch Polen kommt in den Rat, was ihm vielleicht seine Bemühungen erleichtern wird, dem Marschall Pilsudski den Kriegspfad gegen die russischen Arbeiter und Bauern zu ebnen. Ferner darf auch neben Columbien, Salvador und anderen Staatsfilialen der Weltausbeuter China im Rate des Völkerbundes Platz nehmen. Weiß man aber schon von den anderen Ländern nicht, was deren Völker eigentlich mit diesem Bunde zu schaffen haben, so weiß man von China noch nicht einmal, welche chinesische Regierung der chinesische Völkerbunds-Ratsdelegierte vertritt, beziehungsweise von welcher der ständigen Ratsmächte der General bezahlt und bewaffnet ist, der ihn zur Verbrüderung mit den Auftraggebern seiner Bürgerkriegsgegner nach Genf entsandt hat.

Wird nun auch Deutschland eine eigene chinesische Armee gegen die chinesischen Arbeiter ausrüsten und in Bewegung setzen können, um Eisen-

bahnlinien und Naturschätze des Riesenreiches seinen rheinischen Industriemagnaten zuzuschancen? Es wird wohl hier wie anderswo die Geschäfte vorerst in Kompanie mit dem welschen Erbfeinde betreiben. Denn Briand hat recht: mit dem Versöhnungsklamauk in Genf ist der Weltkrieg, soweit er Frankreich und Deutschland betraf, abgeschlossen. Er bereitet sich in neuen Koalierungen vor. Frankreich krieget vom Deutschen Reich — wo über 2 Millionen Erwerbslose und mit den Kurzarbeitern und Invaliden etwa 8 Millionen Menschen unter dem Existenzminimum leben — Hilfe in den Finanznöten. Dafür wird es die annoch von französischem Militär besetzten deutschen Gebiete für die Besetzung mit deutscher Reichwehr und Schupo freigeben, und Deutschland, bisher selbst Reparationskolonie, wird den Reichsbanner-General Deimling, dem kein Zabern mehr zur Verfügung gestellt werden kann, wieder Kopfpreise auf Hereros oder andere Neger aussetzen lassen dürfen. Unter der Geschäftsaufsicht des Herrn Parker Gilbert, unserm Ersatz für die österreichische Konkursverwaltung, werden wir schon noch bleiben müssen — der Dawes im Haus erspart den Zimmermann!; — aber die Würde einer europäischen Großmacht wird wiedererlangt durch die Berechtigung, den Völkern andrer Erdteile weiße Kultur ins Land zu tragen, das heißt, ihnen die dunkelfarbige Haut vom Leibe zu ziehen.

Friede, Freiheit, Einigkeit! Die Internationale des Kapitals hat sich mit noch einigen Lücken zusammengefunden. Falls nicht das Proletariat die Wege findet, die über internationalisierte Parteien und Interessengruppen hinweg zur Internationale der revolutionären Weiterneuerung führen, dann gehen wir einem neuen europäischen Kriege entgegen, der noch weit grauenhafter sein wird als der vergangene und dessen Schauplatz mit größter Wahrscheinlichkeit hauptsächlich die norddeutsche Tiefebene sein wird. Die Weltrevolution kommt gewiß; aber es wird vom Weltproletariat abhängen, ob erst der neue Weltkrieg sie herbeiführen wird, oder ob sie rechtzeitig ausbricht und konsequent genug durchgeführt wird, um den kapitalistischen Vernichtungskrieg zu verhindern.

Einheits-Strategie.

Seit einem runden Jahr wirkt sich der vielberedete EKKI-Brief, der der Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands die entscheidende Rechtswendung gab, in der proletarischen Bewegung aus. Das Werben und Girren um die Gunst der reformistischen Gefolgschaft der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Niedertrampier der deutschen Revolutionsbewegung führte zu dem Ergebnis, das jede Verbrüderung Radikaler mit Gemäßigten immer nach sich zieht: zur Aufweichung des Radikalismus und zur Stärkung der Position der „Maßvollen“. Der Volksentscheid-Spektakel für die Enteignung der Fürsten durch den kapitalistischen Staat für den kapitalistischen Staat

(Verfasser des Gesetzentwurfs war der wegen revolutionärer Umtriebe aus der Partei entfernte „Ultralinke“ Korsch) schuf einen Wust trübster Verwirrung in den Köpfen bester revolutionärer Kräfte der Arbeiterschaft, und man sah Kommunisten und Anarchisten, Rote Frontkämpfer und Syndikalisten Arm in Arm mit Reichsbannerleuten und Demokraten, bürgerlichen Pazifisten und selbst konfessionell Organisierten für die Aktion einer allgemeinen Stimmen-Auszählung aufmarschieren. Jetzt soll ein „Kongreß der Werktätigen“ von neuem eine Einheit der Gesamtarbeiterschaft vorführen, die nicht besteht und, ehe nicht die revolutionäre Minderheit Erfolge errungen hat, garnicht bestehen kann. Soweit bis jetzt erkennbar ist, wollen die Veranstalter des Kongresses mit diesem Unternehmen auch gar keine revolutionäre Arbeit leisten, sondern einfach den Kampf des total verelendeten deutschen Proletariats um seine Existenzforderungen innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch „Zusammenschluß und Einheit des ganzen werktätigen Volkes“ führen. Ausdrücklich heißt es: „Der Kongreß der Werktätigen soll Millionen Indifferenten zusammenschweißen“, was als „ein Wahrzeichen des Kampfes um den Sozialismus“ gedeutet wird. Das Manifest des Kongreß-Ausschusses stellt eine Fülle von Forderungen auf gegen die niederträchtigen Methoden der Rationalisierung. Es ruft der Diktatur des Finanzkapitals sein Nieder! entgegen und nennt den Kampf für die — seit 1923 doch etwas anrühige — „Arbeiter- und Bauernregierung“ einen Kampf für den Sozialismus! Wir, die wir nicht Indifferente, sondern bewußte Revolutionäre zusammenschweißen wollen — ohne sie indessen zu einer Programm-Melange bis zur Unkenntlichkeit zu verrühren —, sind der Meinung, daß der Kampf nicht gegen die Methoden, sondern gegen das System des Kapitalismus, zu richten sei. Der Kampf gegen Staat und Lohnsystem ist weder der Kampf von Parlamentsoffensiven oder Gewerkschaftsbetriebsamkeit, noch der Kampf der 15 Millionen Kleinbürger, die die Versäumnisse einer Revolution nachträglich durch eine Abstimmung reparieren möchten. Die K. P. D., die ihre Energien verschwendet, um in der Werbeweche der Legien-Leipartschen Gewerkschaften die größte Kundenschaft anzulocken und die Indifferenten unter die rote Fahne zu sammeln, während sie unter die schwarzrotgoldene und schwarzweißbrote gehören, handelt wohl in Konsequenz der Entwicklung, die sie seit Annahme der Levischen Leitsätze, Heidelberg 1919, genommen hat, — aber revolutionsfördernd handelt sie nicht. Wenn sich jetzt die Opposition innerhalb der Partei gegen den reformistischen Opportunismus der Zentrale so stärkt, daß 700 Funktionäre die Mitglieder schon zur offenen Rebellion gegen die Führung aufzurufen wagen — in einer übrigens außerordentlich zurückhaltenden „Erklärung zur russischen Frage“ —, so ist das gewiß ein bedeutsames Zeichen dafür, wie notwendig erst einmal eine Klärung unter den revolutionären Arbeitern Deutschlands wäre, die noch nicht einmal in der organisatorisch diszipliniertesten aller Parteien gelungen ist, bevor man die Einheit „der Werktätigen“

schlechthin propagieren und proklamieren kann. In dem Familienstreit der Parteikommunisten Stellung zu beziehen, liegt für den Nicht-Parteizugehörigen kein Anlaß vor. In den prinzipiellen Grundfragen, die die eigentlichen Gegensätze zwischen den bolschewistischen Kommunisten und uns kommunistischen Anarchisten begründen, unterscheidet sich die angegriffene Parteileitung ja weder bei uns zu Lande von den „Ultralinken“ — du große Güte: ultralinks! —, noch die Leitung der Leningrader Opposition. Der Streit geht um Taktik und Tempo, nicht ums Prinzip. Da aber die Linken schon einmal den Angriff gegen die Moskauer Obrigkeit wagen, hätte es beim gesamten internationalen revolutionären Proletariat sympathisch berührt, wenn sie ihren Protest gegen die organisatorischen Maßnahmen zur Bekämpfung mißliebiger Auffassungen in der Partei ausgedehnt hätten auf die Verfolgungen und Bedrängungen der außerhalb der KPdSU stehenden Linksrevolutionäre in Sowjet-Rußland. Eine auch nur kameradschaftliche Einheitsfront zwischen den Revolutionären aller Länder kann nicht gedeihen, solange die Bolschewiki in Rußland ihre linken Kampfgenossen von 1917, die Anarchisten, linken Sozialrevolutionäre und die eigenen früheren Parteigenossen von der Arbeiteropposition, in den Kerker und in die Verbannung schicken.

Wetterleuchten.

Es gibt Naive aller Färbungen, die den letzten Krieg für ein Erdbeben halten, das nachträglich noch in ein paar revolutionären Erschütterungen einiges Gemäuer einstürzen ließ und dessen Wirkungen nun mit allgemeinem guten Willen zum Wiederaufbau langsam wieder ausgeglichen werden. Daß mit dem 1. August 1914 die Weltrevolution ausbrach, in der wir mitten drin stehn, und daß sich eine derartige Umwälzung aller Grundlagen der Arbeits- und Gesellschaftsverbindungen unter den Menschen im ständigen Wechsel von akuter und latenter Bewegung, von Revolution und Konterrevolution, von Beratung, Verständigung und Kampf vollzieht, daß endlich ein Vorgang von so ungeheuren Dimensionen, der in der ganzen bekannten Weltgeschichte allenfalls ein kleineres Vorbild in der Völkerwanderung finden mag, sich nicht in 12 Jahren erschöpft, sondern erst am Anfang seiner Bahn steht, — das sehen sie nicht. Wie unstabil aber in Wirklichkeit die Verhältnisse selbst da sind, wo man begriffen hat, daß sich eine mit der menschlichen Natur verträgliche Ordnung nicht länger mit den Methoden der bürgerlichen Demokratie stützen läßt, zeigen die Ereignisse in den faschistischen Diktatorländern Griechenland, Spanien und Italien, von denen die beiden ersten wolgemerkt im Kriege ihre Neutralität bewahren konnten. In Athen ein Militäraufstand nach dem andern, bald ganz rechts, bald halb links: in Madrid fast die gleichen Erscheinungen; und eben dies, daß die bewaffnete, Staatsmacht, die ja auch in Deutschland den Arm der politischen Lenker umkrallt hält, den Kampf der ökonomischen Energien am Austrag verhindert,

zeigt die innere Unmöglichkeit der bestehenden Zustände. Gegen die Herren Pangalos, Kondylis, Primo de Rivera, lauter Militärs, erheben sich die Generäle; gegen Mussolini, den ehemaligen revolutionären Sozialisten, erhebt sich, vorerst noch mit dem von Mussolini selbst eindrucksvoll empfohlenen Mittel des Einzelerrors, der Geist der proletarischen Revolution. Das ist nichts Zufälliges; es beweist die Revolutionsreife dieser Länder gemäß der ideologischen Bereitschaft ihrer Bevölkerungen. Italien ist augenscheinlich für den nächsten großen Stoß am besten präpariert und die Neueinführung der Todesstrafe wird den Duce so wenig vor weiteren Bomben oder hoffentlich gleich Massenaktionen gegen seine Person und sein Regime schützen, wie die Ermordung antifaschistischer Politiker oder die Einkerkering des fast 73jährigen Anarchisten Malatesta und anderer Vertrauensmänner des Proletariats. In den übrigen Ländern, wo die Agonie des kapitalistischen Wirtschaftssystems ihren Ausdruck noch nicht im Ausprobieren neuer Regierungsarten sucht, zeigt das praktische Verhalten der Reaktion, wie angstvoll sie das Schwanken des Bodens unter sich empfindet. Ganz von der Schreckensherrschaft der rumänischen und bulgarischen oder ungarischen Henker und Meuchelmörder abgesehen, — nichts beweist deutlicher die Unterwühlung der kapitalistischen Profitwirtschaft nach dem alten Schema, als daß die englischen Kohlenbarone den für sie geschäftlich äußerst riskanten Riesenkonflikt mit der ganzen englischen Arbeiterschaft provozierten, um die Kaufkraft der Proletarier vor dem Zeitpunkt zu schwächen, in dem sie mit Forderungen an die Unternehmer auftreten würden. Wohl rechneten sie richtig, als sie auf den Verrat der Gewerkschaftsführer vertrauten, die den politisch-revolutionären Auftakt des Kampfes, den Generalstreik, in kürzester Zeit abzuklopfen verstanden; wohl stimmte auch ihre Kalkulation, daß die Leiparteien des Auslandes den Streikbruch besonders der deutschen Gruben- und Transportarbeiter organisieren und mit Geldsammlungen für die englischen Arbeiter bemänteln würden, — dennoch bedeutet der jetzt halbjährige Kampf, der bestenfalls mit der teilweisen Abwehr der Versklavungspläne der Montanherren enden wird, die Einbeziehung des englischen Proletariats in die revolutionäre Weltbewegung. Ueber kurz oder lang wird auch dieser Kampf aus dem Stadium der Streikmaßnahmen gegen Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen herauswachsen und zum Angriff der Ausgebeuteten gegen das System der Ausbeutung werden. Grade England, in dessen Volkscharakter der Sinn für selbstverantwortliche Initiative stärker ausgeprägt ist als in allen andern Nationen, hat alle Anwartschaft, das Land der revolutionären Zukunft zu werden. — Die Amerikaner mögen sich gegen das Vordringen der revolutionären Sintflut noch am sichersten fühlen. Sie haben noch weite Flächen unbesiedelten fruchtbaren Landes zu vergeben, und das Industrieproletariat in den Großstädten sucht man mit den raffinierten Me-

thoden des sehr weitschauenden Mammutausbeuters Ford — hohe Löhne, kurze Arbeitszeit, Gewöhnung an bescheidenen Komfort — denkfaul und zufrieden zu machen. Trotzdem beherrscht die Angst vor dem, was man in den Vereinigten Staaten mit allumfassender Bedeutung „Bolschewismus“ nennt, die Politik der besitzenden Klasse in einem Maße, der in der Affäre der italienischen Anarchisten Sacco und Vanzetti in klarster Erscheinung tritt. Die Wiederholung des Justizmordes von 1887 scheint für dieses Mal abgewendet, der durch 6 Jahre lärmende Protest des internationalen Proletariats hat die fälschlich des gemeinen Mordes beschuldigten Vertrauensmänner der revolutionären Arbeiter gerettet. So stark wie zu Johann Mosts Zeiten, als es die Yankees noch wagen konnten, den Chikagoer Genossen unter verleumderischen Beschuldigungen den Strick um den Hals zu legen, ist also der amerikanische Dollar-Despotismus der Stimme der Weltrevolution gegenüber nicht mehr. Und sie wissen alle, die Weltbeherrscher in allen Ländern, daß die Schwefelwolke tief über Sodom liegt. Nur in Deutschland spürt man noch nichts. Da „rationalisiert“ man für die Ewigkeit, da drücken sich Arbeit und Kapital — Silverberg und Leipart — ergriffen die Bruderhand. Da kann es wetterleuchten und donnern, soviel es mag: wir haben ja keine revolutionäre Situation, wir haben Zeit genug, daß sich das revolutionäre Proletariat gegenseitig Verleumdung und Dreck anschmeißt.

Ihr laßt die Armen schuldig werden . . .

Die Reichseisenbahn-Gesellschaft hat Glück gehabt. Nach einem Dutzend Entgleisungen, Zusammenstößen und anderen Betriebsunfällen wurde auf einen Schnellzug ein gewaltsamer Anschlag unternommen. Jetzt redete man nicht mehr von Unglücksfällen, sondern nur noch von Attentaten, wodurch erreicht wurde, daß in der Tat an etlichen Orten des Deutschen Reiches viertel- und halbwüchsige junge Leute dazu angeregt wurden, Klamotten auf Eisenbahnschienen zu sammeln, um auch mal dabei zu sein, wenn ein paar Dutzend Leute umkommen oder Arme und Beine verlieren. — Die „Rationalisierung“ der deutschen Wirtschaft besteht wesentlich im Abbau von Arbeitskräften und in der Entziehung des verdienten Lohnes für geleistete Arbeit (der christliche Katechismus zählt solche Vorenthaltungen des verdienten Lohnes unter die himmelschreienden Sünden). Hätte man den beiden armen Teufeln Arbeit und Lebensmöglichkeit gegeben, die in Leiferde die Katastrophe herbeiführten, um einen Gepäckwagen auszurauben, das heißt, sorgte man allenthalben dafür, daß da, wo Arbeit nötig ist, auch Arbeit vergeben wird, dann brauchte man weder über Unglücksfälle zu klagen, noch nach „Attentätern“ zu suchen. Es gibt Menschen, die das Attentat der Reichsbahn gegen die Arbeiter für verbrecherischer halten, als das Attentat zweier Arbeitsloser gegen die Reichsbahn.

Auf Anfragen.

Die "Mitteilung", die als Prospekt versandt wurde, um auf das Erscheinen des FANAL vorzubereiten, hat mir neben vielen ermutigenden Zurufen und Glückwünschen und der Mordandrohung eines anonymen Antisemiten eine Reihe von Fragen eingebracht, zumeist des gleichen Inhalts. Die am häufigsten wiederholten Interpellationen seien hier ein für alle Male beantwortet.

1). Beiträge von Mitarbeitern werde ich bestimmt nicht bringen. Ich war annähernd 6 Jahre lang, während ich in bayrischer Festungshaft saß, so gut wie ganz behindert, meine Gedanken zu den Problemen der Zeit öffentlich zu äußern. Seit meiner Freilassung (Weihnachten 1924) fand ich kein Blatt, in dem ich nach Bedürfnis und Belieben und unbeeinträchtigt von redaktionellen Bedenklichkeiten sagen konnte, was ich zu sagen habe. So gönne man mir doch die lumpigen 16 Seiten im Monat, um endlich die Ideen zu propagieren, die sonst nirgends gedruckt werden.

2). Inserate möchte ich, solange es durchführbar ist, nur soweit aufnehmen, wie dadurch revolutionäre Tendenzen oder literarische Unternehmungen gefördert werden können, die durch Tauschanzeigen bereit sind, ihrerseits die Verbreitung des FANAL zu fördern. Sollte sich herausstellen, daß das Blatt auf die Dauer durch Abonnenten und Einzelkäufer allein nicht existieren kann, sollte ich also vor die peinliche Alternative gestellt werden, entweder geschäftliche Marktware anzuzeigen oder wieder zu völligem Schweigen verurteilt zu sein, so würde ich die Aufnahme harmloser, streng zensurierter Annoncen wahrscheinlich vorziehen. Ich bitte die Leser, mich durch eifrige Werbung von Abonnenten vor solcher Konzession des Gewissens schützen zu helfen.

3.) Den Umschlag des FANAL zeichnete F. Rumler-Siuchninski.

4). Organisiert bin ich in der 1924 begründeten "Anarchistischen Vereinigung Berlin". Die Gründer dieser Vereinigung traten damals aus der "Föderation kommunistischer Anarchisten" aus denselben Gründen aus, die mich veranlaßten, ihr nicht beizutreten, wegen der Autoritätsansprüche einer sich unter dem Namen "Geschäftskommission" verbergenden Führer-Zentrale. Da diese Zentrale sich sogar weigert, die Veranstaltungen der Anarchistischen Vereinigung im Kalendarium ihres Zentralorgans anzuzeigen, bezahlte Inserate der Vereinigung aufzunehmen und Propaganda- und Broschürenmaterial der Föderation nicht angeschlossenen Anarchisten zu verbreiten, sollen die Mitteilungen der Anarchist. Vereinigung Berlin fortan regelmäßig in FANAL Aufnahme finden. Es sei jedoch betont, daß FANAL nicht als Organ der Vereinigung anzusehen ist, sondern durchaus selbständig die persönlichen Auffassungen des Herausgebers zum Ausdruck bringt.

5). Jawohl, es werden auch Proben meines dichterischen Schaffens in FANAL erscheinen. Daneben beabsichtige ich auch, Bücher, deren Inhalt mein Interessengebiet berührt, zu rezensieren.

Vertriebsstellen des „FANAL“ f. revolutionäre Organisationen:

Werner Höme, Dresden-A., Ziegelstr. 53
 Hubert Pootmann, Düsseldorf, Johannstr. 54 pt.
 Hans Dahms, Hörde-Berghofen, Freistr. 3.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr:

Vortrag und Diskussion

Im Lokal Köhler, Bin.-Neukölln, Ziethenstr. 64.

- Donnerstag, **7.** Oktober: Gen. BERTHOLD CAHN über „Anarchismus und psychologische Geschichtsauffassung“.
- Donnerstag, **14.** Oktober: Gen. MRATSCHNY über „Das Rußland von heute“.
- Donnerstag, **21.** Oktober: Gen. ERICH MÜHSAM über „Die Rote Hilfe und die linken proletarischen Organisationen“.
- Donnerstag, **28.** Oktober: Gen. HERBERT WEHNER über „Jungproletariat und Anarchismus“.

Gäste stets willkommen.

Zuschriften an G u s t a v L ü b e c k , Neukölln, Ziethenstr. 10 IV



Die revolutionär-anti-militaristische Wochenschrift

mit den Beilagen: „Freie Jugend“ und „Proletarischer Kindergarten“

Die Schwarze Fahne ist von Ernst Friedrich herausgegeben und erscheint jede Woche illustriert in Deutschland Oesterreich und der Schweiz. Einzelne Nummer 20 Pf.

Die Schwarze Fahne kämpft gegen das uniformierte Berufsmörder-tum und unterrichtet stets über Praxis und Theorie des internationalen antimilitaristischen Kampfes.

Die Schwarze Fahne wird auch von Polizei und Staatsanwalt eifrig gelesen und ist für monatlich 96 Pf. zu abonnieren durch die Post oder den Verlag: Berlin C 2, Parochialstr. 29.

*Bücher und Schriften
von Erich Mühsam*

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten

Der Malik-Verlag / Berlin 2. Auflage 1924

Preis brosch. RM 1.60, gebd. RM 2.40

~ ~ ~

BRENNENDE ERDE

VERSE EINES KÄMPFERS

Kurt Wolff Verlag / München 1920

Preis brosch. RM 2.00, gebd. RM 3.00

~ ~ ~

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren

Verlag „Der Syndikalist“ Berlin 1925

Preis brosch. RM 1.00, gebd. RM 2.00